

Die „Danziger Zeitung“ erscheint täglich zweimal: am Sonntage Morgen und am Montage Abends. — Bestellungen werden in der Expedition (Kettnerhagergasse No. 4) und auswärts bei allen Königl. Post-Anstalten angenommen.

Preis pro Quartal 1 Thlr. 15 Sgr. Auswärts 1 Thlr. 20 Sgr. — Inserate nehmen an: in Berlin: A. Neimeyer, Rud. Voss; in Leipzig: Eugen Fort, H. Engler; in Hamburg: Haasenstein u. Vogler; in Frankfurt a. M.: Jäger'sche Buchhandl.; in Elbing: Neumann-Gartmann's Buchhandl.

Danziger



Zeitung.

Ämtliche Nachrichten.

Se. Majestät der Königin haben Allerhöchstdigst geruht: Dem Dr. phil. Friedrich Lammann zu Berlin den Königl. Kronen-Orden dritter Klasse, sowie dem practischen Arzt Dr. Reim zu Flammersheim den Character als Sanitäts-Rath zu verleihen; und den zeitigen Bürgermeister der Stadt Viesfeld, Huber, den Titel als Ober-Bürgermeister zu verleihen.
Der Kreisrichter Geißler in Grätz ist zum Rechtsanwalt bei dem Kreisgericht zu Cosel ernannt worden.

Telegraphische Depesche der Danziger Zeitung.

Angelommen 1½ Uhr Nachm.

Athen, 5. Febr. König Georg nahm die Demission des Conferenzpräsidenten Bulgarijs und der übrigen Minister an und beauftragte den Deputirten Zaimis Deligeorgis mit der Neubildung des Cabinets.

Paris, 5. Febr. Der „Public“ meldet aus Athen, daß in den Provinzen große Aufregung herrscht.

Telegraphische Nachrichten der Danziger Zeitung.

Dresden, 4. Febr. Das „Dresdner Journal“ enthält folgendes Telegramm aus Weimar vom heutigen Tage: Als der Großherzog gestern Abend aus dem Theater kommend durch die Schillerstraße fuhr, schlug ein Conditorgehilfe mit einem Schirm in den Wagen. Der Thäter, welcher sinnlos betrunken war, wurde sofort von dem Leibjäger festgenommen.

(M. T.)

Bärwalde, 4. Febr. Bei der Ersatzwahl zum Abgeordnetenhaus im 3. Frankfurter Wahlbezirk (Königsberg in d. N.) wurde für den verstorbenen Präsidenten Lette der Candidat der Fortschrittspartei, Eugen Richter in Berlin, mit 149 von 296 Stimmen gewählt.

(M. T.)

Prag, 4. Febr. Der gestrige Nachtzug ist bei Diebichowitz entgleist; drei Personenwagen sind die Böschung herabgestürzt, 8 Personen wurden schwer, 22 leicht verwundet.

(M. T.)

Die Postreformen.

Die „Kreuzzeitung“ ist bekanntlich stets mit dem in der Postverwaltung seit ihrem Uebergang auf den Norddeutschen Bund vorgenommenen Verbesserungen nicht zufrieden gewesen. Daher vermag sie denn auch jedes Gerücht von weiteren Reformen nicht anders als mit Mißfallen aufzunehmen. So eindringlich dieses Blatt Andern Leidenchaftslosigkeit, Objectivität und sachliche Beurtheilung predigt, so wenig vermag sie selber mit gutem Beispiel darin voranzugehen. Die Postreformen rangiren unter die Kategorie der „liberalen“ Gesetzgebung. Das genügt, um ihnen von vornherein die gnädige Protection der „Kreuzzeitung“ zu verschmähen.

Die Ausfälle an bisherigen Postrevenue seit Einführung der einstufigen Groschentaxe benutzte die „Kreuzzeitung“, um die Berechtigung dieser nothwendigsten aller Steuerreformen nachträglich noch zu discrediren. Jetzt hört sie von weiteren Verbesserungen, durch welche diese Ausfälle für die Zukunft wieder ausgeglichen werden sollen. Da ist sie denn sofort wieder mit scheelen Blicken hinter diesen her, obgleich sie nur auf die natürlichste und rationellste Weise gut machen wollen, was die „Kreuzzeitung“ vor Kurzem der reformirenden Regierung als eine Folge ihrer zu großen Ueberstürzung in die Schube schob, wobei sie aber gar nicht bedacht hatte, daß ihre Reform im Grunde nur sehr geringe Schuld an jenen Ausfällen trägt.

So lange bei uns die Briefbeförderung durch die Staatspost benutzt wurde, um eine ganz exorbitante Steuer vom Briefverkehr zu erheben, verhielten sich die hohen Einnahmen aus dieser Steuer dem Ueberschüssen der mannigfachen Unwirtschaftlichkeiten und anderen Gebrechen, die noch in unserm Postwesen stecken. Die durch die Post vermittelte Privatcorrespondenz mußte nicht bloß jährlich der Staatskasse einen bedeutenden Reinerlös abwerfen, sondern auch die Ausfälle decken, welche bei andern Branchen des Postverkehrs stehende Regel waren und außerdem noch die Kosten der Correspondenz u. dgl. tragen, welche die Staatspost unentgeltlich beforderte. Nach Ermäßigung des Briefportos auf den einigermassen erträglichen und gerechten Satz ist es kein Wunder, wenn das jetzige Aufkommen aus dem Briefverkehr nicht mehr im Stande ist, alle diese bisherigen verschiedenen schweren an sich ihm ganz fremden Obliegenheiten weiter zu erfüllen. Nur bei dem frühern ganz unverhältnismäßig hohen Satz war er das zu leisten im Stande. Darf man nun aber deswegen auf den geringern Portosatz als die Wurzel aller Verlegenheiten schelten?

Das könnte man nur in dem einen Fall, wenn das jetzige Aufkommen aus dem Briefverkehr die Kosten nicht deckte und wenn es nicht noch einen mäßigen Ueberschuss übrig ließe, obgleich die Postanstalt im Grunde niemals eine Steuerpumpe sein sollte. So liegen die Dinge aber doch gar nicht in der Norddeutschen Postverwaltung, sondern trotz des Groschenportos deckt die Einnahme aus der Briefbeförderung nach wie vor nicht nur ihre Kosten, sondern ergibt auch noch immer nach wie vor Ueberschüsse, die theils als Reinerlös aus der Postverwaltung in die Bundeskasse fließen, theils nach wie vor den Postzweigen auszuheilen müssen, die überhaupt nichts einbringen oder nicht ganz die Selbstkosten decken.

Wenn man nun bei dieser Sachlage die Post von den Mängeln befreien will, die das Poststeinkommen schmälern, darf man da wohl gegen das ermäßigte Porto losziehen? Muß man nicht vielmehr die Postverwaltung von den Lasten befreien, die ihr Reineinkommen aus dem Briefverkehr ohne berechtigten Titeln verringern? Die Bundesverwaltung scheint den letztern Weg gehen zu wollen und sie wird gewiß die große Mehrzahl des Volks dabei auf ihrer Seite haben. Sie will alle Portofreiheiten aufheben, d. h. sich von der Last befreien, fast den vierten Theil aller zu befördernden Briefe unentgeltlich expediren zu müssen. Sie soll ferner

auch die Personenbeförderung ganz aufgeben und in Zukunft der Privatindustrie überlassen wollen. Wir können nur wünschen, daß diese Reformen bald Platz greifen, denn sie zehren an den Einnahmen. Ihre Durchführung würde auf der Stelle darthun, wo eigentlich die Mängel unseres Postwesens zu suchen waren.

Landtags-Verhandlungen.

43 Sitzung des Abgeordnetenhauses am 4. Februar.
Der vom Abg. Schulze (Berlin) eingebrachte Gesetzentwurf, betreffend die privatrechtliche Stellung von Vereinen, wird zur Vorberathung im Plenum gestellt.

Städte-Ordnung für Schleswig-Holstein. Die Vorlage ist durch die Trennung der Justiz von der Verwaltung, durch die Gewerbefreiheit und Freizügigkeit hervorgerufen. Sie lehnt sich an die Städteordnung von 1853 an. Selbstständig ist derjenige, der nicht im Hause und Brode Anderer steht; und nur der nicht selbstständig, welcher eine öffentliche Armenunterstützung nicht zurückerstattet hat. Das Bürgerrecht ist jedem Norddeutschen zugänglich gemacht, die Erhebung von Bürgerrechtsgeldern für unstatthaft erklärt. Der Bürgermeister soll aus 3 von einer Commission beider Stadt-Collegien zu präsentirenden Candidaten ernannt werden, ebenso soll als Beigeordneter ein Candidat präsentirt werden. Für die Wahl ist das Dreiklassensystem nicht adoptirt, vielmehr die directe Wahl durch die gesamte Bürgerschaft. Die Abstimmung soll aber auch hier mündlich zu Protocoll erfolgen. Die Beschlussfassung des Magistrats und der Stadtverordneten geschieht in der Regel in gemeinschaftlichen Sitzungen, in welchen beide Collegien — ein jedes nach seiner eigenen Stimmenmehrheit — stimmen. Bei Meinungsverschiedenheiten soll in dringenden Fällen die Regierung befugt sein, einen bis zur erfolgten Einigung wirksamen Beschluss zu fassen. Die Suspensionsfrist nach Auflösung einer Stadtverordneten-Versammlung ist von 6 auf 3 Monate herabgesetzt. Rücksichtlich der Verpflichtung, für gewisse Beschlüsse die Befähigung nachzuweisen, ist hier größere Freiheit eingeräumt worden, als die Städteordnung von 1853 gestattet. Stadtkassirer und die Kassenbeamten sollen Stadtverordnete und Magistrat gemeinschaftlich auf Lebenszeit wählen. Die Ortskollekt wird von dem Bürgermeister verwaltet. In Festungen und Städten von mehr als 10,000 Einwohnern kann der Minister dieselbe eine besondere Behörde übertragen. Die Kosten der Polizei trägt die Stadt. Städte bis zu 5000 Einwohnern, sowie die Flecken, können die Gemeindeverwaltung einem besoldeten durch unbesoldete Rathsmänner unterstützten Bürgermeister übertragen und die Rathsmänner können zugleich Mitglieder der Stadtverordneten-Versammlung sein. Die Commission befragt: 1. das gleiche Stimmrecht der Bürger bei den Wahlen des Magistrats und der Stadtverordneten, 2. das gemeinsame Wirken des Magistrats und der Stadtverordneten in vereinigten Versammlungen, 3. die eingreifendere Thätigkeit der städtischen Commissionen, 4. die umfassendere Bedeutung des Local-Statuts. Zwischen Regierungen-Commissar und der Commission sind hauptsächlich drei Differenzen bestehen geblieben: 1) wegen der Wahl des Beigeordneten und des Bürgermeisters durch die Bürgerschaft, sowie wegen der Form der Befähigung des letzteren; 2) wegen der Entscheidung der Regierung im Falle eines Disfenses zwischen den städtischen Collegien; 3) wegen der Einwirkung der Regierung auf die Festsatzung der Besoldungen (§ 77). Die Commission beantragt: Auch Bürgermeister und Beigeordnete werden von der Bürgerschaft, wie die Stadtverordneten, gewählt. Der Bürgermeister und der Beigeordnete werden bestätigt in Städten von mehr als 10,000 Einwohnern vom Könige, in kleineren Städten von der Regierung. Wird diese versagt und auch eine neue Wahl nicht bestätigt, oder die Vornahme derselben verweigert, so kann die Stelle auf Kosten der Stadt commissarisch verwaltet werden, bis eine geeignete Wahl getroffen ist. Im Falle der Befähigung versagt wird, sind die Gründe der Versagung anzugeben. Ist ein gemeinschaftlicher Communalbeschluss nicht zu erreichen, so bleiben die zur Beschlussfassung gestellten Anträge auf sich beruhen. Gehälter der Magistrats-Mitglieder, sowie aller übrigen Gemeindebeamten, sind durch Gemeindefbeschluss mit Genehmigung der Regierung vor Einführung dieser Städte-Ordnung zu regeln. Spätere Änderungen sind jedesmal vor der neuen Wahl zu der betreffenden Stelle in gleicher Weise festzustellen. Der Schluss, daß die Regierung befugt ist zu verlangen, daß die im Interesse des Dienstes erforderlichen Besoldungsbeiträge bewilligt werden“ ist von der Commission gestrichen worden. Ref. Francke begründet den Entwurf als durchaus zweckentsprechend. Abg. Hagen beantragt, die Vorlage wegen der unendlichen Reihe der eingebrachten Amendements in die Commission zurückzuverweisen; dies wird abgelehnt und sofort die Specialdebatte eröffnet. §§ 1—6 werden angenommen, über § 7 (Erwerb des Bürgerrechts) Abg. Waldeck: Man stellt für die Erwerbung dieses Rechtes einen Census von 200 bis 500 Th. auf, der über den früheren von 300 Th. noch hinausgeht. Solche berechnete Eigenthümlichkeiten gönne er Holstein nicht; dieselben müßten ausgemerzt werden. Abg. Graf Schwerin hält die Befähigung des Dreiklassen-Wahlrechts für einen wesentlichen Fortschritt, im Interesse der Freiheit sei das allgemeine Wahlrecht nicht erforderlich, hier müsse ein Census festgesetzt werden; ob die Norm der Vorlage gerade die richtige sei, darüber lasse sich vielleicht streiten, so lange andere Vorschläge nicht vorliegen, müsse er für die Vorlage stimmen. Abg. v. Hennig beantragt, den Census im Maximum auf 300 Th. zu normiren. Bei politischen Wahlen sei allgemeines gleiches Wahlrecht berechtigt, bei communalen aber können nur die Steuern den Zugelassen werden. Abg. v. Dieß: Mit seiner Ansicht über das allgemeine gleiche Wahlrecht wird Waldeck wohl hier ziemlich vereinzelt stehen, wenigstens wird Niemand, der das communale Leben kennt, einen Aufbau der Zu-

stände auf dieser breitesten Grundlage wünschen. Abg. v. Söverbeck hält jenen Census für verwerflich. Wenn dem Abg. Schwerin ein solcher im Interesse der Freiheit als nöthig erscheint, so meint er die Freiheit der Wohlhabenden; für alle übrigen Ausgeschlossenen ist er die ärgste Unfreiheit. Abg. Hänel: Bisher sei in Schleswig-Holstein ein gewaltiger Unterschied zwischen Bürgern und Schutzbefohlenen, und fast die gesamte Intelligenz von den Wahlen ausgeschlossen gewesen. Für ein allgemeines communales Wahlrecht sei er nicht. Der Commissionsvorschlag sei eine Verbesserung und daher acceptabel. Abg. Hagen empfiehlt verschiedene von ihm gestellte Amendements, welche die Bestimmungen über den Census u. dgl. der Städteordnung von 1853 analog gestalten sollen. Abgeordneter Biegler zweifelt, ob in Preußen eine dieselbe Communal-Verfassung einzuführen ist; er spricht aber für das allgemeine Wahlrecht. Gegen die Aeußerung v. Dieß: „daß Jeder, der mit Communalangelegenheiten zu thun gehabt habe, nicht für das allgemeine Wahlrecht stimmen könne“, bemerkt Redner: Ich habe mit Communalangelegenheiten zu thun gehabt, und zwar mit der Städteordnung von 1808, mit dem Unterschied zwischen Bürgern und Schutzbefohlenen. Gerade die intelligentesten Leute, die Beamten, Lehrer u. dgl., waren nur Schutzbefohlene, und die Folge davon war, daß in der Stadt-Versammlung gerade die unfähigsten Leute saßen, freilich die „ersten Bürger der Stadt“ die unter sich eine Coterie bildeten; wer im Schützenhause am besten Dreifach spielte, galt am meisten. (Heiterkeit). Diese Leute haben mir einem gewissen Degout an Selbstgovernment beigebracht. Ich habe aber immer gefunden, daß im ganzen Volke ein richtiges Urtheil über diese Wirthschaft vorhanden war. Wenn man sagt: „Nur eine Minorität kann die Freiheit bewahren“, so findet dies nicht auf die Minorität Anwendung, welche die Communalverwaltung in Händen hat. Diese Minorität befördert nicht die Freiheit, sondern den Egoismus; sie will sich nur aus dem allgemeinen Stadtsäckel satt essen. Wenn wir allgemeines Communal-Wahlrecht befehlen, hätten alle Differenzen mit dem Minister des Innern nicht stattgefunden. Denn gerade die von mir geschilderte Minorität besteht aus Leuten, welche die Stadt haben, zu herrschen, sich breit zu machen. Ich bin überzeugt, daß viel weniger Streit, viel weniger Uebermuth vorkommen würde, wenn die Communalbehörden aus dem allgemeinen Wahlrecht hervorgingen. Minister Graf Eulenburg: Ich halte das communale allgemeine Wahlrecht für bedenklich, ferner wird bei dem Wunsch nach Gleichstellung aller Provinzen übersehen, daß in den alten das Dreiklassensystem herrscht. Ueber dieses ist zwar hart geurtheilt worden, der Vorwurf liegt darin, daß die Uebergänge der Klassen so unmerklich sind, daß die größten Härten für diejenigen entstehen, die an der Grenze dieser Klassen stehen. Das hat oft zu sehr lächerlichen Resultaten geführt. Allein der Satz, daß Derjenige die gewichtigere Stimme haben muß, der mehr Steuern zahlt, ist noch nicht angefochten worden, höchstens von demjenigen, welcher das allgemeine Wahlrecht preist als das, was uns allein retten kann. Nun sind wir ja heutzutage dahin gekommen, daß unsere städtischen Communen nichts weiter geworden sind als Arbeitsmärkte. Der Character unserer Städte als große Familie Alles, was die städtischen Verbände sonst auszeichnete, ist ja durch Freizügigkeit, durch die neue Armen- und Schulgesetzgebung vollständig verwischt und die Commune hat den Character eines großen Marktes, in welchem man sich so bequem einrichtet als möglich. Sollen nun diejenigen, welche wegen ihrer äußeren Lage ein längeres und tieferes Interesse für die Commune haben, als dasjenige, was der einfach Anziehende und nach einem Jahre wieder Abziehende haben kann, nicht mit einem größeren Rechte anzustatten sei? Deshalb sagt man: ich will wenigstens nur denjenigen wählen lassen, der durch seine äußere Situation bekundet, daß er ein Interesse an der Commune haben kann oder muß. Den Minimalatz von 200 Th. oder 500 Th. mag man dem Ortsstatut überlassen. Es ist dieser Satz arbitrarisch worden mit Rücksicht auf den dortigen Geldwerth und wenn die Herren aus Schleswig-Holstein sagen: Das ist das, was zu den dortigen Verhältnissen paßt, was sollen wir hier sagen: Nein, das paßt nicht; wenn wir 200 Thaler setzen, stellen wir die Schleswig-Holsteiner viel tiefer im Census als die alten Provinzen. Abg. Graf Schwerin: Ich bestreite dem Abg. Biegler, daß die Verhältnisse sich besser gestalten hätten unter einem andern Wahlssystem. Der Fehler lag darin, daß die intelligenteren Bevölkerungsklassen sich für zu gut hielten, an der communalen Verwaltung Theil zu nehmen, in der letzten Zeit hat sich dies geändert und ich sehe darin eine Gewähr für eine Verbesserung. Abg. Paster: Es ist durchaus nicht gleichgültig, wie hoch man den Minimalatz des Census normirt, denn durch Herabsetzung würde vielleicht die Theilnahme von der Hälfte auf zwei Drittel der Bevölkerung ausgedehnt. Dem Abg. Hänel bemerke er, daß das Haus verpflichtet sei, zu wachen, daß nicht ein beschränkter Provinzialgeist Einrichtungen schaffe, welche den freihheitlichen Grundsätzen widersprechen. — Referent Abg. Dr. Francke nimmt Holstein gegen den Vorwurf eines beschränkten Provinzialgeistes in Schutz. Es sei eine Thorheit, die Bewohner jener Landestheile glücklicher machen zu wollen, als sie selbst wünschen, durch Einbringen fremder Elemente in die Communalverwaltung werde man nur Unzufriedenheit hervorrufen. — Präsident v. Fockenberg: Ich hoffe, daß sich der Ausdruck „Thorheit“ auf keine hier im Hause gefallene Aeußerung bezieht. — Referent Dr. Francke: Nein! — § 7 wird in der Fassung der Commission angenommen, alle Amendements abgelehnt. Bei § 12: „Das Bürgerrecht geht verloren: 1) durch Wegfall eines derjenigen Erfordernisse, welche dasselbe bedingen; 2) durch Concurs, doch kann dem Gemeinschuldner nach Befriedigung seiner Gläubiger das Bürgerrecht durch Beschluß beider städtischen Collegien wieder verliehen werden“, macht Abg. Fischbach darauf auf-

merklich, daß Leute von der Wahl ausgeschlossen seien, die nur einen Monat die Steuern nicht bezahlt hätten. Dadurch sei das ganze Wahlrecht in die Willkür der Behörden gegeben, die je nach der politischen Ueberzeugung der betreffenden entscheiden könnten. Abg. Dr. Waldeck hält dies Verfahren gleichfalls für durchaus ungerecht. Zu § 21. Die den Gemeindegliedern zustehende Theilnahme an den Gemeindegeldern kann von der Entrichtung einer jährlichen Abgabe oder eines Einkaufsgeldes abhängig gemacht werden, stellt Abg. Hagen das Amendement, statt „an den Gemeindegeldern“ zu setzen: „an Gemeindegeldern, wie Wald, Weide, Haide, Torf u. dergl.“ Dasselbe wird abgelehnt. Zu § 24: „Ueber die Verpflichtung der Staatsdiener, deren Hinterbliebenen zu persönlichen Abgaben an die Gemeinde entscheidet die betreffende Verordnung. Alle Befreiungen bestehen nur noch für die Dauer der Genußberechtigung der gegenwärtig im Besitze befindlichen Personen und erlöschen alsdann ohne Entschädigung. Von allen Gemeindegeldern befreit sind: 1) die Dienstgrundstücke der Geistlichen, Kirchen- und Elementarlehrer, 2) die zu einem öffentlichen Dienst bestimmten Grundstücke, liegen Anträge vor: 1) vom Abg. Böhmer um einen Gesetzentwurf, wodurch die Exemptionen und Privilegien der Staatsdiener bezüglich der Communalsteuern aufgehoben werden; 2) vom Abg. Miquel: Befreiung der Dienstgebäude der Geistlichen, Kirchen- und Elementarlehrer“ zu streichen, und „Grundstücke, welche und soweit sie unmittelbar zum Zwecke des Staates dienen“ dafür zu setzen; 3) vom Abg. Hagen: zu Alinea 2 hinzuzufügen: „Insofern sie keinen Ertrag gewähren“. Abg. Miquel empfiehlt die Steuerbefreiung der Geistlichen zu streichen. Alle Ausgaben der Commune können den Dienstgrundstücken der Geistlichen auch zu Gute; in Hannover besteht diese Exemption nicht. Am zweckmäßigsten wäre es alle Exemptionen zu streichen, es ist doch in der That ungerecht, daß die Communen durch diese Steuerbefreiungen einen Zuschuß zu den Befoldungen der Staatsbeamten zahlen. Kein Gesetz habe einen ähnlichen Einbruch in den neuen Landestheilen gemacht, als gerade dieses. Regierungs-Commissar Ribbed: Ich glaube deshalb eine Geneigtheit der Regierung, auf das darauf bezügliche Amendement einzugehen, nicht in Aussicht stellen zu können. Durch den Antrag Miquel würden hauptsächlich Grundstücke der Kirche und Schule betroffen werden; ich glaube, daß Sie um so weniger Grund haben, diese Immunität aufzuheben, als dieselbe seit langer Zeit bestehendes Recht ist. Abg. Hagen: Ich befinde mich in der Aufhebung der Exemptionen. Abg. Hagen. Nach den bisherigen Abstimmungen scheint allerdings der Commissionentwurf als ein noli me tangere betrachtet zu werden, dennoch hoffe ich, daß die Ungerechtigkeit ein Ende machen werden, wonach die Staatsbeamten von der Heranziehung zu den Communalsteuern befreit sind. Meiner Ansicht nach müßten die Staatsbeamten jedesmal erörtern, wenn sie ihren Dienstzettel erhalten. Will man den Beamten zu Hilfe kommen, so erhöhe man ihr Gehalt in angemessener Weise, aber entlaste nicht den Staat auf Kosten der Commune. Reg. Commissar Ribbed: Darüber zu erörtern, daß er zu den Communalsteuern nicht voll herangezogen wird, hat der Staatsbeamte keine Veranlassung, ihm steht die Wahl seines Aufenthalts nicht frei, und er hat von den Aequivalenten, die eine große Stadt für die Communalsteuern bietet, fast gar keinen Genuß. Abg. Miquel: Der Grund, daß die Immunität der Staatsbeamten in den alten Provinzen gilt, kann nicht entscheidend für die Einführung in Schleswig-Holstein sein. Wir wollen nur gute Einrichtungen auf die neuen Provinzen ausdehnen. Ich bitte Sie, das Amendement anzunehmen. Die Genuße, welche die Commune gewährt, kommen den Beamten ebenso zu Gute, wie allen andern Gemeindegliedern, ebenso die Ausgaben der Commune für städtische Einrichtungen, allen Grundstücken und erhöhen den Werth derselben; es ist also durchaus billig, daß alle für Grundstücke geltenden Exemptionen beseitigt werden. Abgeordneter v. Hennig: Wenn der Herr Regierungs-Commissar behauptet, daß die Staats-Beamten von den Vorzügen einer großen Stadt Nichts genießen, so erinnere ich ihn nur an die Vortheile, die ihnen das Vorhandensein höherer Schulen bietet. Bei der Abstimmung wird zunächst die Steuerfreiheit der Geistlichen, welche die Commission beantragt, mit 141 gegen 141 Stimmen abgelehnt. Eine zweite namentliche Abstimmung ergiebt mit 151 gegen 147 Stimmen das entgegenge setzte Resultat; die Steuerfreiheit der Geistlichkeit wird also beibehalten. Ebenso alle anderen Amendements, so daß die Fassung der Commission bestehen bleibt.

Der Minister des Innern überreicht 2 Gesetzentwürfe: 1) betreffend den Geschäftsverkehr der Versicherungs-Anstalten; 2) betreffend das Feuerversicherungs- und Feuerversicherungswesen. Das erste Gesetz führt gleichmäßige Grundzüge für die ganze Monarchie ein, die Concessionirung des Versicherungswesens soll aufhören; dem Unternehmer solcher Gesellschaften werden deshalb gewisse Verpflichtungen auferlegt, um die nötige Garantie für die Agenten herzustellen. Das zweite Gesetz über das Feuerversicherungs- und Feuerversicherungswesen stellt die bisher zerstreut gewesenen Bestimmungen zusammen, amendirt dieselben nach den bisherigen Erfahrungen und füllt eine Lücke, betreffend die Mobiliar-Feuerversicherung aus. Die Regierung ist der Ansicht, daß, so lange der Bund sich nicht mit Regulirung des Versicherungswesens beschäftigt, dies die Landesgesetzgebung thun müsse. Da diese dringlich ist, glaubte die Regierung die Pflicht zu haben, die Vorlage zu machen. — Was nun die späte Zeit betrifft, so ist nichts verloren, wenn auch das Gesetz in dieser Session nicht zu Stande kommt, da ja schon viel gewonnen wird, wenn die Vorlage zur Kenntniß des Publikums kommt und die öffentliche Meinung sich damit beschäftigt. Ich stelle anheim, beide Gesetze der Commission für Handel und Gewerbe zu überweisen. Dies geschieht. Nächste Sitzung Freitag.

BAC. Berlin, 4. Febr. Mit dem Oberpräsidenten der Provinz Hessen-Nassau, Hrn. v. Müller, soll während seiner hiesigen Anwesenheit ernstlich über seinen Eintritt in das Ministerium als Minister des Innern verhandelt worden sein, die Verhandlung sich aber an den von ihm gestellten Bedingungen zerklüftet haben. Es heißt, daß Graf Eulenburg im Falle seines Rücktritts für den Augenblick kein anderes Amt übernehmen, gelegentlich aber einen Geschäftsposten zu erhalten wünschen würde. Im vergangenen Herbst wurde im Ministerium des Innern davon gesprochen, daß er den Grafen Goltz in Paris ersetzen sollte. Für den Fall, daß Hr. v. Müller Cassel verläßt, soll an Herrn v. Patow eine vorläufige Anfrage ergangen sein, ob er die dortige Oberpräsidentsur übernehmen möchte.

[Schuldeputationen.] Der Streit, ob die städtischen Schuldeputationen lediglich eine Verwaltungs-Commission oder nicht sind, ist kürzlich wiederholt dahin geschlichtet worden, daß dieselben keineswegs nur als Beauftragte des

Magistrats anzusehen, sondern, als eine besondere, in sich geschlossene, mit der Communalverwaltung zwar zusammenhängende, ihrem Zwecke nach aber der Unterrichtsverwaltung angehörige Institution, weshalb auch ihre Mitglieder der staatlichen Bestätigung bedürfen, was bei den Mitgliedern anderer Commissionen nicht der Fall ist. Stellen sie sich hiernach als Organe der Staats-Behörde dar und ist die Schuldeputation die einzige Behörde für die Angelegenheiten des Schulwesens ihrer Stadt, so folge daraus, daß nicht auch die Stadtbehörde als solche betrachtet und behandelt werden könne.

[Hr. Corvetten-Cap. Werner] wird hier am Sonnabend im wissenschaftlichen Verein einen Vortrag über „das Rettungsweisen zur See“ halten.

[Zur Nichtbestätigung des Professors Schottmüller] schreibt man der „Frankf. Ztg.“: Schottmüller ist ein tüchtiger Mann; es ist wahr, Oberbürgermeister Grabow ist der Schwager seines Schwiegervaters, des Abgeordneten Tschow; aber wir sehen ja nicht, daß solche und nähere Verwandtschaftsverhältnisse die Glieder der Familien v. Mähler, Graf zu Eulenburg und Andere verhindern, im Staatsdienste an sehr wichtigen Stellen verwendet und sogar einem Verwandten untergeordnet werden zu sehen.

[Elbkanal.] Von der Elbe schreibt man der „Magdb. Ztg.“: Da viele Producte Böhmens und Sachsens für die Versorgung der Residenz Preußens eine steigende Wichtigkeit erlangen, welche, wie Kohle, Sandstein, Getreide, Obst etc., die Eisenbahnfracht weniger leicht als die Wasserfracht tragen können, so hat jetzt der Gedanke, den Wasserweg über Torgau, Wittenberg, Magdeburg etc. abzukürzen, eine bestimmtere Gestalt in dem Projecte eines Canals von Meissen nach Berlin gewonnen. Man bezeichnet bereits bestimmte Persönlichkeiten als Unternehmer, resp. Baumeister, die Höhe der veranschlagten Kostensumme (ca. 6 Mill.), die Richtung des Canals etc.

Oesterreich. Wien. [Die feudalen Glieder des Herrenhauses] halten sich von Sitzungen consequent fern; dies veranlaßt das Präsidium, die Herren zum Besuche aufzufordern. Auf diese Aufforderung sollen nun Antwortschreiben in so scharfer Form erfolgt sein, daß das Präsidium dieselben nicht verlesen ließ. Die „N. fr. Pr.“ sagt: „Das Ayl der Unheilbaren nannte einst Chesterfield das Haus der Lords und unsere Windischgrätze geben sich die erdenklichste Mühe, jener Sentenz auch zur Wahrheit zu verhelfen. Zum Glück hat sich die Mehrheit nicht unheilbar erwiesen.“

England. London, 4. Febr. [Oberst Henderson] ist zum Chef der hiesigen Polizei ernannt worden. (N. Z.)

Frankreich. Paris, 3. Febr. Die Prinzessin Baciocchi ist gestorben. — Ein Telegramm des „Gaulois“ aus Constantinopel meldet, daß der russische Botschafter, General Ignatieff, bei der türkischen Regierung gegen die Zusammenziehung von Truppen an der Grenze von Bessarabien Einspruch erhoben habe.

Rußland. St. Petersburg, 3. Febr. [Ein t. Ulas] ertheilt einer Privatgesellschaft die Genehmigung zum Beginn der Nivelirungsarbeiten für die zwischen dem Caspischen Meer und dem Aralsee projectirten Eisenbahnlilien. (N. Z.)

Belgien. Brüssel, 2. Febr. [Die Arbeitseinstellung der Schriftsetzer] in Lüttich scheint hartnäckig werden zu wollen. Zwei Journale jener Stadt konnten nur die Anzeige bringen, daß sie für einige Tage ihr Erscheinen suspendiren müssen. Heute hat zwar ein Theil der Blätter den Verpflichtungen gegen die Leser genügen können, aber nur durch Einstellung fremder Setzer. Die Bestizer der beteiligten Journale erklären, sie seien entschlossen keine Concession zu machen.

Italien. Florenz, 3. Febr. [Die Deputirtenkammer] hat sich bis zum 17. v. vertagt. (N. Z.)

Spanien. Madrid, 3. Febr. [Die Carlisten] Truppen in Tristano und Ratonon haben einen Einfall in Catalonien gemacht; zu ihrer Bekämpfung sind von Barcelona Truppen abgesandt worden. (N. Z.)

Danzig, den 5. Februar.

[Personalveränderungen in der Marine.] Ulffers, Capitain-Lieut., ist zum Corvetten-Capitain befördert. Dem Freiherrn v. Schleinitz, Corvetten-Capitain, ist ein Patent seiner Charge verliehen. v. Treuenfeld, Matthesen, Riehl, Graf v. Pfeil, Lindequist, Lieutenants zur See, sind zu Capitain-Lieutenants befördert.

[Im Gewerbeverein] beendigte gestern Hr. Baurath Licht seinen Vortrag über das Canalisirungsproject (auf den wir noch später ausführlicher eingehen) und wurden alsdann mehrere darauf bezügliche Fragen erörtert. Hr. Stibbe wünschte Auskunft über die Legung des Seils längs der Längen Brücke. Hr. Baurath Licht wiederholt die bereits in der Sitzung der städtischen Commission gegebene Auskunft, wonach die technische Ausführung keine Schwierigkeit habe. Auch die ebenfalls in der Commission behandelte Frage über die Ausströmung der Gase aus den Canälen und die Epidemie von Croydon wird von Hrn. Dr. Lampe angeregt, nicht weil er gegen die Canalisirung sei, sondern um nochmals Gelegenheit zur Beilegung dieses noch immer hegenden Bedenkens zu geben. Diese Frage wird u. A. von den Herren Baurath Licht, Dr. Semon etc. in demselben Sinne erledigt, wie in der Commissionssitzung (vergl. den Bericht über denselben), ebenso einige Fragen der Herren H. v. Düren und Blod über etwaige Verstopfungen der Röhren und Einfrieren derselben. Herr Rentmeister Jungfer bezweifelt die Erfolge der Canalisirung in Bezug auf die Cholera. In dem Dorfe Kollethen, das hart an der See liege, seien bei der letzten Choleraepidemie von ca. 130 Einwohnern 40 weggerafft. Es sei also eine Illusion, wenn man von der Reinigung der Luft einen so großen Einfluß auf die Epidemien erwarte. Herr Dr. Semon verweist auf die thatsächlichen Erfolge in England; Kollethen könne hier schon deshalb nicht in Frage kommen, weil es eben keine Canalisirung habe. Herr Director Kirchner führt ein eclatantes Beispiel aus Magdeburg, welche Stadt er vor einiger Zeit besucht, an, wo in einer der unreinlichen Straßen, in welcher früher stets die Cholera arg gewüthet, im Jahre 1866, als dort canalisirt war, gar kein Cholerafall vorkam. Mit bloßer Schaffung von reiner Luft sei allerdings nicht Alles gemacht, und ebenso wenig könne und werde man sagen, daß nach Canalisirung die Epidemien vollständig verschwinden müßten, aber das könne man mit Gewißheit voraussagen, daß durch dieselbe bessere Gesundheitszustände herbeigeführt würden. Was den Einwurf des Herrn Blod betreffe, daß die Röhren durch Mißbrauch derselben verstopft werden könnten, so mache er den Vorschlag, daß man den Dienstmännchen erlauben möge, Knochen und sonstige Küchenabfälle in eigenem Nutzen verwenden zu dürfen, dann würden dieselben solche Abgänge sammeln und zu verwerten suchen. — Auf den Vorschlag des Hrn. Dammes wird sodann Vortrag beschloffen; in der nächsten Sitzung sollen die andern die Canalisirung betr. Fragen erörtert werden. — Hr. Dir. Kirchner beantwortet schließlich noch eine ältere Frage, die darin lautete, warum in der Mädchen-Fortbildungsschule nicht Englisch gelehrt würde? Die Lehrer dieser Schule seien dazu bereit gewesen, und hätten dafür 15 $\frac{1}{2}$ pro Vierteljahr verlangt, da sich aber nur 3 Schülerinnen dazu gemeldet hätten, wäre man davon wieder abgegangen. Wenn sich wenigstens 10 Schülerinnen melden wollten, wären die Lehrer zur Wiederaufnahme des Projectes bereit und sollte dann Englisch gelehrt werden.

* [Traject über die Weichsel.] Tereapol-Gulm zu Fuß über die Eisbede bei Tag und Nacht, Mariubien-Graudenz zu Fuß über die Eisbede nur bei Tage, Gzerwinst-Marienwerder zu Fuß über die Eisbede nur bei Tage.

Graudenz, 3. Febr. [Die Trajectverhältnisse] bei Graudenz haben sich seit unserm letzten Bericht nicht wesentlich geändert. Personen passieren die Eisbede zu Fuß, Güter — bis 2 Centner schwer — werden auf Handschlitten übergeführt. Bei Kurzebrack geschieht der Weichseltraject zum Theil per Kahn und theilweise zu Fuß. — In Culm ist das Eis bei der Ueberfähre noch so stark, daß dasselbe mit leichtem Fuhrwerk zu passieren ist. (G.)

Riesenburg, 2. Febr. [Die Stempelfreier.] Desfrande, von der berichtet worden ist, trifft den hiesigen Vorshufverein. Derselbe hatte, von der Ansicht ausgehend, daß die ihm von seinen Schuldnern angestellten trocknen Wechsel von 50 Thlr. und darüber nicht stempelpflichtig seien, da sie nicht an Dritte begeben werden, dieselben ungestempelt angenommen. In Folge einer anonymen Denunciation fand gestern plötzlich eine Revision der Wechsel des Vorshufvereins durch einen höheren Steuerbeamten unter polizeilicher Assistenz statt und sind dabei über 200 stempelpflichtige, aber nicht gestempelte Wechsel vorgefunden. Einen directen materiellen Schaden wird der Verein selbst voraussichtlich nicht erleiden. Die Strafe, die, wie wir hören, ca. 1500 Thlr. beträgt, sollen die Vorstandsmitglieder aus eigenen Mitteln zu decken sich erboten haben. Die anonymen Denuncianten glaubt man zu kennen. (Nst.)

Königsberg, 4. Febr. [Antrag der Kaufmannschaft.] Bekanntlich existiren außer dem allgemeinen deutschen Handelsstage auch besondere Delegirten-Conferenzen von Handelsplätzen der nordb. Seegegenden, welche bereits mehrfache Erleichterungen in dem zollamtlichen Verfahren errungen und dann auch sehr entschiedene Anträge auf Reform des Zoll-Tarifes in freihändlerischem Sinne gestellt haben, die leider freilich bisher noch ohne Erfolg geblieben sind. Hamburg, Altona und Bremen, welche als Freihäfen direct weder von dem Zolltarif noch von dem Zollverfahren mit leiden, haben nun bei dem zeitigen Berorte der Delegirten-Conferenzen, Danzig, den Antrag gestellt, diese Conferenzen dem Handelsstage unterzuordnen. Das Vorstehenamt der hiesigen Kaufmannschaft hat hiegegen sofort Einsprache erhoben und unter einer ausführlichen Motivirung und bei den Aeltesten der Kaufmannschaft in Danzig die Berufung der vierten Delegirten-Conferenz von Handelsplätzen nordb. Seegegenden noch vor dem Zusammentritte des nächsten Zollparlaments beantragt, zur Verathung des Antrages von Smolod auf Reform der Eisengölle und des Antrages von Wismar münde auf Erleichterung der Hafenabgaben für die mit Kohle beladenen Schiffe, zur Erleichterung ferner der von früher her der vierten Conferenz überwiesenen Gegenstände, so wie zur Wiederaufnahme schon früher gestellter, aber noch nicht erfüllter Anträge, so weit solches an der Zeit befunden wird, endlich aber auch zur sachkundigen Erörterung etwaiger neuer Regierungs-Vorlagen an das Zollparlament. (N. S. Z.)

Dem Oberbürgermeister von Königsberg, Herrn Riefke, hat die dortige Regierung wegen seiner Rede über das Prinzip der Selbstverwaltung einen Bemerks ertheilt, gegen welchen er den Beschwerdeweg beschritten hat. (Zut.)

Angerburg. [Im Kreistage] beantragte nach einer Privatmittheilung der „Volksztg.“ Graf Lehnndorf die Ausschließung des Rittergutsbesizers Totenhöfer wegen eines gesitteten Menschen unwürdigen Betragens. Totenhöfer hatte beim Verkauf von Kreis-Getreide Arbeitern, welche dasselbe als vom Könige und dem Grafen Lehnndorf geschenkt, umsonst beanspruchten, geäußert: „Der Graf wird Euch was ...“ Es wird auch behauptet, daß er bei dieser Gelegenheit den König mit in diese Verleumdung hineingezogen. Landrath Stauby beauftragte einen Gendarm mit der Denunciation. Totenhöfer wurde aber freigesprochen. Graf Lehnndorf verlangte nun Abbitte oder andere Genugthuung von L. Da dieser jedoch darauf nicht antwortete, stellte Graf L. obigen Antrag. Totenhöfer motivirte heute sein Schweigen auf alle amtlichen Briefe dadurch, daß man nur im höchsten Nothfall dem Veranlasser einer Denunciation antworten und verließ darauf die Verammlung. Graf Lehnndorf versuchte seinen Antrag zu rechtfertigen. Einer der älteren Kreistags-Mitglieder kritisirte den Antrag. Durch vielseitig gestiftet verbreitete Lügen versuchten es hier einzelne Leute den Arbeitern den Glauben beizubringen, als gingen alle Wohlthaten vom Grafen Lehnndorf aus. Wenn also jemand wie Totenhöfer, der seine ganze Zeit dem Nothstande gewidmet, sich durch gemeine Unterstellungen zur Impertinenz gebrachten Leuten gegenüber der obigen Verleumdung bedient, so sei in der Aeußerung weder eine Beleidigung gegen einen Andern, noch eine Ehrlosigkeit zu finden. Sollte Graf L. das ungesittete, unwürdige Betragen darin finden wollen, daß Totenhöfer ihn durch sein Schweigen zu der Annahme berechtigte, er hätte ihm Genugthuung verweigert, so behaupte er (Redner) Totenhöfer hätte gerade als gesitteter Mensch des 19. Jahrhunderts gehandelt, er hätte sich nicht auf den Standpunkt der Rittersitter gestellt, die sich für Nichts und wieder Nichts mit irgend einem Morbinstrument umbrachten, diese Auffassungen seien gegen das Gesetz, gegen die Moral und gegen die Religion. Diese erfüllte mehr die Brust derjenigen, die sie nicht zur Schau trügen, als derer, die ihre Verammlung mit Gesang und Gebet begannen, um sie mit Leutenhetzen zu beschließen. Graf Lehnndorf habe mithin mindestens in sehr unüberlegter Weise es versucht, eines Ehrenmannes Ehre anzutasten, und er erlaube die Verammlung mit dem Gefühl der tiefsten Empörung, der innersten Entrüstung, den vorliegenden Antrag zurückzuweisen. Der Antrag wurde mit 26 gegen 4 Stimmen abgelehnt.

Bromberg, 4. Jan. [Verlegung der Ostbahn-direction.] Schwurgericht. Carl Taufsig. Maskenbälle.] Sie entnahmen vor einiger Zeit der „Dispr. Ztg.“ eine Nachricht, wonach die Direction der Ostbahn ihren Sitz von Juli dieses Jahres ab nicht mehr in Bromberg, sondern in Königsberg haben solle. Es seien, so fügte jenes Blatt hinzu, auch schon Vermessungen zur Erweiterung des Königsberger Bahnhofes vorgenommen worden. Das Letztere ist richtig, allein die Vermessungen bezwecken nicht Herrichtung von Wohnungen für die neu einziehenden Beamtenfamilien der Ostbahn-direction, sondern sind wegen Erweiterung des Schienennetzes des Königsberger Bahnhofes vorgenommen worden. Die Frage wegen Verlegung der Ostbahn-direction von Bromberg ist schon seit Jahren angeregt, aber sie soll nicht nach Königsberg, sondern nach Berlin kommen. Die Nachricht beruht auf einem Mißverständnisse, hier ist wenigstens weder in der Direction noch in der Stadt von einer Verlegung der Direction nach Königsberg etwas bekannt. Auch müßten die Bauarbeiten in Königsberg mit gewaltiger Dampfgeschwindigkeit ausgeführt werden, wenn sie bis Juli zum Beziehen fertig sein sollen. — Die erste diesjährige Schwurgerichtsperiode wurde am 30. v. M. nach dreiwöchentlicher Dauer geschlossen. Sie war an Verurtheilungen sehr reich, von 42 Anlagelachen erfolgte nur in 4 Fällen Freisprechung, darunter in den beiden Anlagen wegen Verbrechens gegen die Sittlichkeit. — Rubinssteins Rival, Carl Taufsig, hat zu Mitte März hier ein Concert angekündigt. — Innerhalb 8 Tagen werden hier 6 Maskenbälle stattfinden, die beiden bedeutendsten im Theater und neuen Schützenhause.

Allschottländer Synagoge.
Sonabend, den 6. d. M., Vormittags
10 Uhr, Predigt. (7194)

Sant' entlich heute Mittags 1 Uhr
meine innig geliebte Mutter und unsere
Groß- und Urgroßmutter, die verwitt-
wete Frau
Wilhelmine Zindar, geb. Schmidt.
in ihrem heimatlichen 82. Lebens-
jahre, welches im Namen der Hinterblie-
benen tief betrübt anzeigt
Auguste von Windisch,
geb. Zindar.
Balensee, den 3. Febr. 1869.

Heute Nachmittags 2½ Uhr starb nach fünf-
tägiger Krankheit an den Folgen eines hin-
zugeleiteten Gehirnleidens unsere geliebte Mutter,
Schwiegermutter und Großmutter, die verwitt-
wete Frau Nechtsanwald
Ludowike Schuepfer, geb. Bodien.
Diese Anzeige widmen wir den Verwandten
und Freunden der Verstorbenen statt besonderer
Meldung. (7203)

Die Hinterbliebenen.
Die Subscriptionsliste zu
Prof. Carl Vogt's
sechs naturwissenschaftlichen Vorträgen liegt aus
in der (6997)

L. Sannier'schen Buchhandlung,
A. Scheinert.
Fetten Räucherlachs
in halben Fischen von 4—6 Pfd.,
Bratheringe, Bücklinge, Maränen,
Geröstete Neunaugen,
Russische Sardinen,
Kräuter-Anchovis,
alle Sorten
Halmarinaden,
und von frischen Fischen augenblicklich
Teichkarpfen, Hechte, Bressen etc.
versende nur in bester Qualität.
C. A. Mauss.

Die Conditorei und Dörsener Kuchenbäckerei,
Wollwebergasse 21, empfiehlt täglich 2-mal
frisches Gebäck aus der besten Dampfbäck-
bäckerei, sowie alle Sorten Biscuits und Kaffee-
tuchen, Berliner Pfannkuchen und Fladen. Be-
stellungen auf Torten zu Festlichkeiten werden
geschmackvoll u. prompt ausgeführt, Getränke aller
Art in bester Qualität verabreicht.
(7209)

Theodor Becker,
Wollwebergasse No. 21.
Zu Fastnacht empfehle zu jeder Zeit warme
Pfannkuchen, sowie Conditoren- und Bäder-
fladen. (7210)

Theodor Becker,
Wollwebergasse 21.
Alleiniges Depot
für
Austern - Liqueur

bei
H. v. Niemierski, Frauengasse No. 22.
Es ist dieser Liqueur durchaus keine Arznei,
nur ein liebliches Getränk, welches, wenn solches
namentlich eine kurze Zeit, bevor man sich zur
Nacht begibt, genossen wird, eine Kraft entwickelt,
wie nur ein junger kräftiger Mensch sich dieser
erfreuen kann. (7208)

Dr. Zircski in Baltimore in Amerika,
bei der Expedition der Engländer in Abyssinien.
Nur allein echt zu haben bei
H. v. Niemierski.

WIENER
Dampfbäckerei
Burgstrasse No. 6/7.
Weizengebäck aller Art wird auf Bestellung
frei ins Haus geliefert.
(5712) **Rudolph Lickfett.**

Als wahrer Hausschatz und fast unent-
behrlich in jeder Familie wird
Dr. Riemann's
präparierter Rettigsaft,
allerbestes Hausmittel bei allen katarrha-
lischen Beschwerden, bestens empfohlen,
und ist derselbe allein nur unverfälscht a. Pl.
12½, 7½ u. 5 Sgr. zu haben in Danzig bei
Albert Neumann,
Langenmarkt 38, Ecke der Kürschnergasse.

Diamant-, Gold- u. Silber-Poudre
empfehlen
Richard Lenz, Jopengasse 20.

Englische und Französische
Taschentuch-Parfüms, ächte Eau de Cologne,
Bomaden und Seifen in allen beliebigen Blu-
mengerüchen, empfiehlt
Richard Lenz, Jopengasse 20.

Das Neueste
von Cotillon-Gegenständen, als: Orben, Knall-
Bonbons mit scherzhaften Einlagen, Riesentroll-
Bonbons, Knall-Spritz-Flacons, Flacon-Rosen,
Fächer-Bouquets, Spritz-Bouquets, Atrappen etc.
zu billigen Preisen empfiehlt
(7215)

Richard Lenz, Jopengasse 20.
Parfümerie- und Toiletten-Seifen-Handlung.
Mischwaagen, Maßvieh zu wiegen, so-
wie Decimalwaagen, Kaffeebrennmaschinen,
Wurststopfmaschinen, Copirpressen, Farbmühlen,
Stangenbesen, unter 3-jähriger Garantie, vor-
züglich Reparaturen werden nur gut ausgeführt.
Mackenth, Fabrikant, Fleischergasse 88.

200 Scheffel geteuchte Weiden sind
mangels halber billig auszulassen. Zu er-
fragen Vorstadt, Graben No. 2. (7211)

Endlich eine Schreibfeder für jede Hand! Neueste patentirte Erfindung!

Diese nach ganz neuem System gefertigte Feder (in England „Owl Pen“ genannt)
übertrifft Alles bisher Dagewesene, dieselbe zeichnet sich hauptsächlich durch ihre
Elasticität, außerordentliche Dauerhaftigkeit und besondere Leichtig-
keit, mit der sie über das Papier gleitet, aus, so daß man glaubt, die Feder mache
die Bewegungen von selbst, und sind hierüber die englischen und deutschen
Journaln des Lobes voll. (7227)

Diese Universalfedern sind in eleganten Metallschachteln
verpackt und ist der Preis pr. Gros 25 Sgr. Aufträge werden umgehend effectuirt.
Wiederverkäufer erhalten Rabatt.

General-Depot für ganz Deutschland:
Eduard Loewenthal,

Berlin, Gertraudenstraße 11.
Für Danzig und Umgegend alleiniges Depot bei
W. F. Burau, Langgasse 39.

Nach beendeter Inventur habe ich eine Partie
Seiden-Waaren,
wollener und halbwollener Kleiderstoffe,
Barèges,
Organdys und Mousselines
im Preise bedeutend herabgesetzt.
W. Jantzen.
(7219)



Deflectoren
zur Verhütung des Rauchens
in Zimmern und Küchen
bei
Aug. Pasdach,
Lastadie 33. (7103)

Als vortheilhafte Kapital-Anlage empfehlen wir die neuen
3 pCt. Madrider 100 Franken Anlehenloose.
Jährlich 4 Gewinnziehungen 1869—1873.
Hauptgewinne: Frs. 250,000, 100,000, 70,000, 50,000, 40,000, 35,000 etc. etc.
Niedrigster Gewinn Frs. 100 oder Thlr. 26. 20 Sgr.
Jedes Obligations-Loos ist mit jährlichen Zins-Coupons a 3 Franken versehen. Sowohl die
Zinsen als die Prämien werden in Berlin, Breslau, Leipzig, Hamburg, Frankfurt a. M., Stuttgart,
Paris etc. ohne den geringsten Abzug in franz. Gelde ausbezahlt. Verlosungsplan gratis.
Die erste Gewinnziehung findet am 15. Februar und die zweite schon am
1. April d. J. statt.
Obligationsloose a 16 preuß. Thaler sind zu beziehen bei
Moritz Stiebel Söhne,
Bank- und Staats-Effecten-Geschäft in Frankfurt a. M. (7177)

Zum Frisiren nach neust. Mode empf. sich den ge-
ehrten Damen zu Festlichkeiten wie zu monatl. Abonn.
Charlotte Kleophas, Friseurin, Heil. Geistg. 44.

Regen - Röcke,
ächt Englisch, die nicht fleben,
Gummi-Schuhe,
für Haltbarkeit von einem Jahre Garantie,
Regenschirme in Seide,
Wollen-Atlas, Banella und Baumwolle,
ganz etwas Neues, empfehle zu sehr billi-
gen Preisen. **A. H. Holst,**
(7213) Langgasse 69.

Frische Mübfuchen
haben auf Lager u. empfehlen zu billigem Preise
Rich^d. Dühren & Co.,
(3202) Danzig, Bogenpühl No. 79.

Mübfuchen
in bester Qualität empfiehlt frei ab den Bahnhöfen
(7171) **R. Becker in Mewe.**

Eine Decimalwaage, 2—3 Ctr.
zeit, wird zu kaufen gesucht. Adressen nebst
Preisangabe sub A.-U.-V. in der Expedition
dieser Zeitung.

Ein Reitpferd, militärschön, be-
reits vor dem Zuge geritten, nicht
unter 3 Zoll, fehlerfrei, elegant, nicht
über 8 Jahre, wird zu solchem Preise,
ohne Zwischenhändler, zu kaufen ge-
sucht. Reflectanten wollen die Na-
tionale mit Preisangabe und ihre
Adressen baldigst bei Herrn **Porch &**
Ziegenhagen, Hundegasse No. 49,
einreichen. (7189)

Zwei Gehilfen finden in
meinem Eisenwaaren-Geschäfte Stellung. Auf-
tichtige Verkäufer wird vorzugsweise reflectirt.
Rudolph Mischke in Danzig.

Pensions-Anzeige.
Zu Ostern können noch 2—3 Jöglinge in
mein Pensionat eintreten. Zu näherer Auskunft
bin ich jederzeit bereit. (6897)

Agathe Bertling,
Vorsteherin der höheren Töchterschule,
Danzig, Frauengasse No. 44.

Zum einjährigen Freiwilligen wie zum Fähn-
richs-Examen bereitet vor
Prediger de Beer,
(7199) Fischmarkt 25.

Ein junger Mann aus achtbarer Familie fin-
det in einer Leberhandlung sofort oder zum
1. April cr. als Lehrling eine Stelle. Nähere
Auskunft wird erteilt Brobbankengasse No. 50
im Laden. (7027)

Eine kinderlose Wittwe aus guter Familie, die
von Jugend auf unter Aufsicht der Mutter
eine große ländliche Hauswirtschaft geführt,
wünscht zum 1. April d. J. eine Stelle als Re-
sidentin der Hausfrau in einem guten an-
ständigen Hause. Gef. Offerten werden unter
No. 7080 in der Exped. d. Ztg. erbeten.

Aufträge zur Begebung
von Capitalien gegen sichere Hypotheken, so-
wie zum Umlag Lehter, nimmt entgegen **L.**
Fesmer, Langgasse No. 29, Hauptagent der
Preuß. Hypotheken-Actien-Bank.
1500 Thlr. sind mit 6 % pupillarisch sicher
sofort zu bestätigen. Näheres unter
No. 7211 in der Expedition d. Ztg.

Hundegasse 49, parterre, nach hinten, ist
eine geräumige Comtoirgelegenheit zu ver-
mieten. Näheres daselbst. (7188)

In der Sonne.
Sonabend, den 6. Februar 1869:
Großer Maskenball
im festlich decorirten und brillant erleuchteten
Saale mit verstärkter Orchestermusik. Die Unter-
haltungsmusik beginnt um 7 Uhr, der Ball um
8 Uhr. Auch habe ich zu diesem Tage eine
reichhaltige Maskengarderobe zu ermäßigten
Preisen. Maskenbilletts für Herren 5 Sgr., für
Damen 2½ Sgr., Logenbilletts für Zuschauer 7½
Sgr., Extra-Logen sind am Buffet zu haben.
Es laßt ein **Barck.**

Militair-Berein.
Sonabend, den 6. Febr. c., **Maskenball**
des Militair-Bereins im großen Saale des Hrn.
Selonte. Anfang 7 Uhr. Fremde können
durch Mitglieder eingeführt werden. Ein-
tritts-Karten, für Mitglieder unentgeltlich,
für Fremde a 15 Sgr., sind vom 25. Januar
ab Baumgart'sche Gasse 9, 1 Treppe hoch, und
Fischergasse No. 45, 1 Treppe hoch, zu haben.
Fremde dürfen im Saale nur maskirt erschei-
nen, Unmaskirte nach der Demasirung nur im
Ballanzuge am Tange Theil nehmen.
Der Vorstand. (6318)

Morgen zum Maskenball des Militair-Bereins
im Locale des Herrn Selonte werde ich
daselbst eine Auswahl Masken-Garderobe, Do-
minos, Mönchskutten und Gesichtsmasken zu bil-
ligen Preisen aufstellen und abgeben. (7198)
Jopengasse 32. **G. Sauer.** 32 Jopengasse.

Pariser Keller.
Nachdem mein Bau jetzt beendet und die
Localität in den unteren Räumen meines Hotels
bedeutend vergrößert ist, lade ein hochgeehrtes
Publikum zum geneigten Besuch ein. Die Logen
und anderen Räume sind elegant und bequem
eingerichtet und stelle ein Extra-Zimmer zu ge-
schlossenen Gesellschaften, Dinners, Soupers u. s. w.
von 4—40 Personen zur Verfügung. Sämmt-
liche fremde Biere halte auf Lager und werde
für nur gute Speisen und Getränke Sorge tragen.
(7206) **Schachtelgasse**
A. Vujack,
Langenmarkt No. 21.

Johannes-Halle.
Johannesgasse 41, am Johannesthor.
So eben erhielt und empfiehlt:
Pilsener Lager-Bier a Seidel 1½ Sgr.
Königsberger do. a Seidel 1½ Sgr.,
sowie
St. Albrechter Pen-Porter.
J. A. Voelzke.

Danziger Stadttheater.
Sonabend, 6. Febr. 1869. (Abonn. susp.)
Vierte Gastdarstellung des Frl. **Louise Wolff**
vom Hoftheater in Wiesbaden: **Maria Stuart.**
Trauerspiel in 5 Acten von Schiller.

Neueste Cotillonfächer:
Reichenbonquets m. Spritzflacons a Dbd. 1
Thlr., Glasflacons a Dbd. 20 Sgr., Glas-
spritzflacons, Knallkopfbedeckungen, Thier-
töpfe etc., halbe und ganze Anzüge in Knall-
bonbons, Knallbonbons mit Füllung und scherz-
haften Devisen, geschmackvolle Orden v. 2½ Sgr.
a Dbd., Gesichtslarven, billige Ballfächer a. japa-
nesische. — Zu herabgesetzten Preisen Berg-
crystallbroches und Ohrringe i. Corallen-
broches u. Boutons, a. Faltbroches.
Eb. beste billigste weiße Damen-Glasehandschuhe.
Eb. feinste **Taschenparfüms** i. A., ächte Eau de
Cologne, Haardöle i. A., Honigwasser, Pomade
de Riz, Glycerin. Jed. A. Fett- und medic.
Seifen, **Abfallseife** 5, 6, 8, 10, Mandelseife
8 u. 10 Sgr., Japan. Zahnpulv. a. g., Odontine
u. Pasta, Dr. Romershaus, Augenw., **Droguen**
i. A., Valent. Comp. zur Handschuhw., franz.
Terpentin, Salmiakgeist, Benzol, Gelatine, Ca-
caothee, **Pecorobüch.** vorz. a. 1 Thlr., 3 St.
Vanille 2½ u. 5 Sgr., Arrowroot. Rhubarber,
Kräut.-Perubalsam etc.

St. billigste Papier- u. Lederwaaren, Weiß,
Stod., Meerhaumw., Cigarren, Tabak, Wein,
Spielwaaren. (7200)
Langgasse 83. **Franz Reichtmayer.**

Druck und Verlag von **A. W. Rasemann** in
Danzig.